



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

| | | |
|------------------------------------|--|---|
| Auszug aus der Sitzung vom: | Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss | Niederschrift zur Sitzung 11.03.2015 |
|------------------------------------|--|---|

4. **Vorberatung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Niederkassel für die Haushaltsjahre 2015/2016 sowie der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2015/2016**

Dem Ausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung und Beschlussfassung vor:

„Der in der Ratssitzung am 10.12.2014 eingebrachte Verwaltungsentwurf für die Haushaltsjahre 2015/2016 ist einstimmig zur Vorberatung an den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss verwiesen worden.

Eine Auflistung der eingetretenen Veränderungen gegenüber dem im Rat eingebrachten Haushaltsentwurf ist als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Hinsichtlich der Stellenpläne für die Jahre 2015/2016 ergeben sich folgende Änderungen:

+ 1 Stelle E 4

+ 1 Stelle E 9

+ 1 Stelle S 11

Der aktualisierte Stellenplan ist als Anlage 2 beigefügt.

Außerdem sind Erläuterungen zu den Stellenplänen (Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) dargestellt (Anlage 3).“

Vor Beginn der Sitzung war den Ausschussmitgliedern eine Tischvorlage mit zusätzlichen Erläuterungen gegenüber dem im Rat eingebrachten Haushaltsentwurf ausgehändigt worden.

Bürgermeister Vehreschild bat Stadtkämmerer Steeg, die Tischvorlage zu erläutern. Herr Steeg erklärte, dass aufgrund einer Änderungen des Krediterlasses durch das Innenministerium die Möglichkeit eröffnet wurde, dass die Stadt Darlehen für ihre Beteiligungen aufnimmt und



Stadt Niederkassel

diese Darlehen dann an die Beteiligungen, SEG und EVN, weiterleitet. Es wird davon ausgegangen, dass hierdurch Darlehen zu günstigeren Konditionen aufgenommen werden können. Nach einer Verfügung der Kommunalaufsicht ist Voraussetzung für die Weitergabe eine Abbildung in der Haushaltssatzung und im Haushaltsplan der Stadt. Herr Steeg wies darauf hin, dass die Aufnahme von Darlehen für die Beteiligungen keinen Einfluss auf das Ergebnis des städtischen Haushaltes habe, da die Stadt zwar die Zins- und Tilgungsleistungen zahle, diese aber von den Beteiligungen erstattet bekomme.

Ausschussmitglied Schlüter (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass der Haushalt in der vorgelegten Form nach ihrer Auffassung nicht beschlossen werden könne, da in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses die geplante Erhöhung der Elternbeiträge um 10 % nicht beschlossen wurde.

Bürgermeister Vehreschild (CDU) erklärte, es sei beschlossen worden, dass das erstrebte Konsolidierungsziel für den Haushalt erreicht werde. Lediglich der Weg, wie dieses Ziel erreicht werden soll, sei offen. Für den Haushalt ergebe sich hierdurch keine Änderung.

Frau Schlüter (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass dann mit dem Beschluss über den Haushalt nicht gleichzeitig auch ein Beschluss über die Erhöhung der Elternbeiträge um 10 % erfolge. Dieses wurde ihr bestätigt.

Ausschussmitglied Heinrichs (FDP) bat um Mitteilung, ob es realistisch sei, dass das Konsolidierungsziel auch ohne eine Beitragsanhebung erreicht werden könne. Stadtkämmerer Steeg erklärte, dass z. B. durch Änderungen bei den Geschwisterermäßigungen eine ergebnisneutrale Darstellung möglich sei.

Ausschussmitglied Heinrichs (FDP) erklärte, dass u. a. Schulpflegschaften ihm gegenüber erklärt hätten, dass eine Erhöhung der Beiträge hinnehmbar sei, allerdings nicht in der geplanten Höhe. Er bat um Mitteilung, wie das Konsolidierungsziel konkret erreicht werden solle.

Stadtkämmerer Steeg wies darauf hin, dass hier ein Konzept entwickelt werden müsse. Änderungen bei den Geschwisterermäßigungen hätten aber das Potenzial, die Mindererträge durch einen Verzicht auf eine Beitragserhöhung auszugleichen. Ausschussmitglied Heinsch (SPD) erklärte, es sei durchaus auch möglich, dass durch vorzunehmende Änderungen sogar Verbesserungen für den Haushalt eintreten könnten.

Bürgermeister Vehreschild erläuterte, dass der von Herrn Steeg unterbreitete Vorschlag zu Änderungen bei der Geschwisterermäßigung dem nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund zugeleitet wurde, mit der Bitte, die Rechtmäßigkeit einer solchen Regelung zu



Stadt Niederkassel

beurteilen. Sollten die Änderungen zu Mehrerträgen führen, so sei dies positiv, allerdings dürften keine Mindererträge zu verzeichnen sein.

Ausschussmitglied Kitz (CDU) erklärte, dass das Konsolidierungsziel ein Mehrertrag in einer Größenordnung von 160.000 € sei. Er gehe davon aus, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung im Mai einen entsprechenden Beschluss fasse. Allerdings müsse sichergestellt sein, dass die Regelungen auch praktikabel umsetzbar sind.

Herr Kitz wies darauf hin, dass eine Umsetzung der im Mai vermutlich beschlossenen Änderungen zum 01.08.2015 schwierig sei, da bereits heute durch die Eltern Betreuungsverträge ab 01.08.2015 unterschrieben würden. Er bat daher, die Verwaltung solle in der Gebührensatzung darauf hinweisen, dass Änderungen zu erwarten seien. Bei einer Erhöhung der Beiträge um 10 % wäre die Belastung der Eltern geringer, da es alle Eltern gleichmäßig treffe. Der Wegfall der Geschwisterermäßigung würde dazu führen, dass einzelne Eltern mit monatlich mehreren hundert Euro belastet würden.

Ausschussmitglied Heinsch (SPD) bat um Mitteilung, ob ggf. eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses angesetzt werden könne. Bürgermeister Vehreschild (CDU) erklärte, dass erst das Konzept stehen müsse. Danach wären Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden geplant. Soweit erforderlich, könne dann auch eine Sondersitzung terminiert werden.

Ausschussmitglied Kitz (CDU) wies darauf hin, dass im Stellenplan 2015 eine 0,5-Stelle für eine/n Mitarbeiter/in für den ruhenden Verkehr ausgewiesen ist. Er beantrage, diese Stelle auf eine Vollzeitstelle aufzustocken. Die CDU-Fraktion sehe einen Bedarf in der Überwachung der Anleinpflcht für Hunde sowie der Überwachung des ruhenden Verkehrs auch an den Wochenenden sowie in den Abendstunden. Er bat um Vorlage der Stellenausschreibung vor der Veröffentlichung.

Ausschussmitglied Essig (Bündnis 90/Die Grünen) bat darum, auch im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten Kontrollen im ruhenden Verkehr durchzuführen.

Weitere Wortmeldungen, Fragen bzw. Änderungsanträge zum Haushalt und zum Stellenplan ergaben sich nicht.

Bürgermeister Vehreschild (CDU) veranlasste die folgenden Abstimmungen:

1. Ausweisung einer zusätzlichen Stelle (statt bisher 0,5 Stellen) für den Bereich des ruhenden Verkehrs im Stellenplan



Stadt Niederkassel

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

2. Abstimmung über die Haushaltssatzung der Stadt Niederkassel für die Haushaltsjahre 2015/2016 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

3. Abstimmung über den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015/2016 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 11.03.2015

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen

4. Abstimmung über den Gesamthaushalt unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 11.03.2015

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen.

Es erging somit folgende Beschlussempfehlung an den Rat:

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt:

- die Ausweisung einer ganzen Stelle (statt bisher 0,5 Stellen) für den Bereich des ruhenden Verkehrs im Stellenplan
- die Haushaltssatzung der Stadt Niederkassel für die Haushaltsjahre 2015/2016 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 11.03.2015
- die Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 11.03.2015
- den Gesamthaushalt für die Haushaltsjahre 2015/2016 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 11.03.2015

Ja 14 Nein 6 Enthaltung 0



Stadt
Niederkassel



Stadt
Niederkassel